

Japans Dilemma

Japan ist ein Immigrationsland geworden – ein widerwilliges, wie die meisten fortgeschrittenen Industrienationen. Der Soziologe David Chiavacci untersucht, wie es dazu kam und wie sich das auswirkt. Von Iwona Eberle

Rund 1,4 Millionen Menschen sind seit den späten 1980er-Jahren in Japan eingewandert. Sie sorgen dafür, dass sich das Gesicht des Landes langsam verändert. Dabei galt die Insel im Westpazifik lange als Paradebeispiel eines Nichtimmigrationslandes: Es gab nur wenige Ausländer, und diese waren wegen ihrer ostasiatischen Abstammung kaum sichtbar. In den frühen 1990er-Jahren änderte sich das. In einem zentralen Park Tokyos, dem Yoyogi-Park, trafen sich an Wochenenden Tausende iranischer Immigranten, um Geschäfte zu machen, Neuigkeiten auszutauschen und einander bei der Arbeits- und Wohnungssuche zu helfen.

Mit einem Ausländeranteil von 1,7 Prozent ist Japan ethnisch nach wie vor weitgehend homogen. Doch die ausländische Bevölkerung wächst jährlich um über 50 000 Menschen. «Japan hat sich unter den fortgeschrittenen Industrieländern zu einer Top-Migrationsdestination entwickelt», sagt David Chiavacci, Mercator-Professor für sozialwissenschaftliche Japanologie an der Universität Zürich. Der Soziologe hat kürzlich ein Buch zur japanischen Einwanderungspolitik veröffentlicht: «Japans neue Immigrationspolitik: Ostasiatisches Umfeld, ideale Diversität und institutionelle Fragmentierung».

10 Prozent Ausländer in «Zuliefererstädten»

Manche Städte im industriellen Gürtel um die Industriezentren, die so genannten Zuliefererstädte, haben bereits einen Immigrantenanteil von 10 Prozent. Typische Branchen, in denen die Migranten und Migrantinnen arbeiten, sind die Autoindustrie und die Unterhaltungselektronik. «Wenn die Entwicklung so weitergeht, wird in der nächsten Generation jedes fünfte Kind im Grossraum Tokyo einen ausländischen Elternteil haben», prophezeit Chiavacci.

Die Immigration oder deren Ausbleiben müsste immer im regionalen Kontext betrachtet

werden anstatt aus einer rein nationalen Perspektive, betont Chiavacci. Ostasien war nach 1945 jahrzehntlang eine Nichtimmigrationsregion. Das hat unter anderem damit zu tun, dass während der Zeit des Kalten Krieges in dieser Region verlustreiche Kriege geführt wurden, was zu angespannten internationalen Beziehungen führte. In Ländern wie Thailand oder Malaysia, die sich als Nationen erst konstituierten, fürchtete man sich zudem vor einer politischen Destabilisierung durch Einwanderung. «Deshalb wollte man in diesen Staaten keine Ausländer. Diese Nationen waren auch noch stark landwirtschaftlich geprägt, die Arbeitskräfte nicht so mobil wie heute. Und sie hatten hohe Geburtenraten. Deshalb verfügten sie über Arbeitskräfte reserven und waren nicht auf Immigration angewiesen», sagt David Chiavacci.

In den 1970er-Jahren kam Bewegung in die Region. Klassische Immigrationsländer wie die USA oder Australien akzeptierten asiatische Immigranten wieder, nachdem sie jahrzehntlang Zuwanderer aus Europa bevorzugt hatten. Die erdölexportierenden Länder in der Golfregion brauchten für ihre ehrgeizigen Infrastrukturprojekte Hunderttausende Gastarbeiter. Migrationsströme aus Ostasien flossen in andere Weltregionen. Aber auch in Ostasien selbst entstand eine neue Dynamik. Länder wie Japan, Hongkong und Taiwan, die sich industrialisiert hatten, benötigten dringend Arbeitskräfte und öffneten ihre Grenzen.

Rückkehrer aus Südamerika

Die Immigranten, die in Japan Arbeit suchten, kamen in den 1980er-Jahren vor allem aus südasiatischen Ländern wie Pakistan oder Indien, in den 1990er-Jahren zunehmend aus ostasiatischen Ländern wie Malaysia oder Thailand. Daneben kehrten aus Südamerika Zehntausende Nachfahren ehemaliger japanischer Migranten – so ge-

nannte Nikkei-jin – nach Japan zurück. Heute stammen die meisten Einwanderer aus China.

«Wenn Japans Immigrationspolitik nicht immer noch so restriktiv wäre, hätte das Land eine Zuwanderung in noch ganz anderem Ausmass. Es ist ein riesiger Arbeitsmarkt», sagt Chiavacci. Diese restriktive Haltung führt der Wissenschaftler jedoch nicht auf den ethischen Nationalismus zurück, wie dies Medien und Forschung tun. Seiner Meinung nach ist der Hauptgrund ein pragmatischer: «Bildlich gesprochen öffnet Japan seine Türe nur einen Spalt, weil es fürchtet, überrannt zu werden.»

Fragmentierte Migrationspolitik

Die Analyse der politischen Debatte in Japan nimmt in Chiavaccis Buch breiten Raum ein: Aus welcher Perspektive nehmen Ministerien, Parteien und Verbände die Zuwanderung wahr? Der Arbeitgeberverband und jene Politiker, für die die wirtschaftliche Entwicklung des Landes oberste Priorität hat, kämpfen für die Lockerung der Immigrationsbestimmungen. Sie haben in den letzten Jahren umfassende Reformvorschläge vorgelegt. Bis ins Jahr 2050 sollte Japan beispielsweise zehn Millionen permanente Einwanderer aufnehmen. Das Aussenministerium macht sich vor allem Gedanken zum internationalen Prestige Japans und fragt sich, welche Art von Immigrationspolitik dem Ansehen des Landes in der internationalen Gemeinschaft zuträglich ist. Das Justizministerium wiederum sieht in der Immigration vor allem eine Gefahr für die öffentliche Ordnung.

David Chiavacci interessiert der Gegensatz zwischen offizieller Immigrationspolitik und realer Entwicklung, wie man sie in den meisten westlichen Industrieländern beobachten kann. «Eigentlich will man nicht mehr ausländische Arbeitskräfte und vor allem keine Niedrigqualifizierten. Doch ihre Zahl nimmt jedes Jahr signifikant zu.» Wie diese Kluft entsteht, hat er im Detail untersucht. Er kommt auch da zu einem anderen Schluss als die bisherige Forschung. Diese führt die Zunahme an ausländischen Arbeitskräften vor allem auf Interessengruppen wie beispielsweise Wirtschaftsverbände zurück, die Immigranten als billige Arbeitskräfte ins Land holen wollen und denen es gelingt, die Immigrationspolitik zu unterlaufen.

Doch wie Chiavacci zeigt, verhält es sich anders: «Der japanische Staat ist immun gegen partikuläre Wirtschaftsinteressen. Doch der Politikprozess ist institutionell fragmentiert.» Es gebe in Japan nicht einen einzigen Akteur, der die Immigrationspolitik formuliert und umsetzt wie zum Beispiel in Kanada oder Dänemark das Immigrationsministerium, sondern eine Vielzahl von Akteuren. Verschiedene Ministerien, die Parteien und Gewerkschaften etwa betrachteten die Immigration aus ganz unterschiedlichen Perspektiven und blockierten sich in der Auseinanderset-

zung um die langfristige Ausrichtung der Immigrationspolitik gegenseitig. «So ist es unmöglich, eine langfristige immigrationspolitische Strategie zu entwickeln», sagt Chiavacci.

Referenz für die Schweiz

Der Forscher sieht Parallelen zur Schweiz. Auch hierzulande sei die Immigrationspolitik reichlich fragmentiert. «Japan ist für die Schweiz ein interessantes Anschauungsbeispiel, weil das Land uns mit seinem hohen Anteil an Betagten demographisch voraus ist.» Nur schon im Gesund-

heitswesen sei eine massive Einwanderung von ausländischen Arbeitskräften absolut notwendig, sagt Chiavacci. «Die gegenwärtige Diskussion über den Bedarf an ausländischen Arbeitskräften könnte deshalb erst der Beginn einer grundsätzlichen Neuausrichtung in den fortgeschrittenen Industrieländern sein.»

Kontakt: Prof. David Chiavacci, david.chiavacci@oas.uzh

Literatur: David Chiavacci: «Japans neue Immigrationspolitik: Ostasiatisches Umfeld, ideelle Diversität und institutionelle Fragmentierung». VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2011, 336 Seiten, 49 Euro



Indonesische Krankenschwestern und Pfleger in Japan: Das Gesundheitswesen im Land der aufgehenden Sonne ist auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen.